



Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über die DFG-VK, ihre Zeitschrift *Zivilcourage* und ihre Kampagne „Schritte zur Abrüstung“.

Ich habe den **elektronischen Newsletter** auf der Website www.schritte-zur-abruetzung.de abonniert und benötige keine weitere Info-Post.

Ich möchte weiter ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- Euro für Porto, Druck- und Versandkosten an die DFG-VK, Kto.-Nr. 8104600, BFS Köln, BLZ 370 205 00.

Ich möchte **Infos weitergeben** und bestelle folgende *Themenfaltblätter*:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Rüstungsexporte stoppen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €
- ... St. Abrüstung statt Sozialabbau 5 St. 0,50 €

zuzüglich € 2,50 Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift



Einsatzübung der Bundeswehr.

Sicherheit?

Militärische Krisenbewältigung erfordert die Fähigkeit zur militärischen Intervention. Zu welchen Zwecken aber dereinst interveniert wird, ist eine Frage des politischen Willens. Zur Krisenbewältigung erhält die Bundeswehr:

- Mittel zur Aufklärung (Sammlung von Informationen mit Hilfe von Satelliten u.a.),
- Transportkapazitäten,
- logistische Strukturen zur Versorgung einer Truppe im nahen und fernen Ausland und
- Kommandostrukturen für einen (Angriffs-)Krieg.

In der Vergangenheit war die Bundeswehr auf Verteidigung gegen einen Angriff aus dem Osten orientiert und vollständig in die Kommandostrukturen der NATO eingebunden, also nicht zur eigenständigen Kriegsführung in der Lage. Die Verschaffung und Demonstration der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr (Kosovo, Afghanistan) ist eine neue Variante militärischer Abschreckungs- und Drohpolitik.

Die Interventionsfähigkeit der NATO (und in Zukunft der EU) liefert für die bedrohten Staaten die Begründung, sich Massenvernichtungswaffen und weitreichende Raketen anzuschaffen. Diese werden in einigen Jahren in der Lage sein, Europa objektiv zu bedrohen. Unsere Sicherheit verringert sich also durch die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr.

Der völkerrechtswidrige Krieg gegen das Saddam-Regime hat den Irak nicht sicherer werden lassen – im Gegenteil. Die Kämpfe kosteten bis jetzt ca. 650.000 irakische ZivilistInnen, ca. 6400 irakische SoldatInnen und ca. 3250 US-SoldatInnen das Leben; allein die USA haben bis jetzt ca. 413 Mrd. US-Dollar für den Krieg und seine Folgen ausgegeben (Stand: 31.03.07). Die Interventionen der USA bzw. der NATO in Irak und Afghanistan haben gezeigt, daß trotz militärischer Überlegenheit Frieden und Sicherheit für die Bevölkerung nicht hergestellt werden kann.

Die Ölvorräte sind dadurch nicht größer geworden. Europas erste Konkurrenten ums Öl sind USA und Japan. Es hat keinen Sinn, einen Rüstungswettlauf gegen unsere Konkurrenten zu beginnen. Jeder Euro, jeder Dollar für Satelliten, Fregatten, U-Boote, Eurofighter, Panzer und Hubschrauber ist vergeudet. Dieses Geld fehlt bei den notwendigen Investitionen für eine Versorgung mit regenerativer Energie.

Verteidigung?

Viele BürgerInnen und PolitikerInnen sind der Meinung, wir benötigen die Bundeswehr zu Landesverteidigung. Doch die Verteidigung einer Industriegesellschaft mit militärischen Mitteln führt zu ihrer Zerstörung.

Wir sind vollkommen abhängig von Wasser-, Strom- und Gasversorgung. Im Krieg werden Versorgungseinrichtungen zerstört und die Transportwege unterbrochen. Nach einigen Tagen ist die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet. Die Industrieproduktion bricht zusammen. Die Zerstörung von Chemiefabriken und Atomkraftwerken würde riesige Mengen an Schadstoffen und radioaktiven Dreck freisetzen.

Ein Angreifer kann die Anfälligkeit der Industriegesellschaft nutzen und gezielt die Infrastruktur zerstören. Der Versuch einer Verteidigung von Großstädten und ihrer Eroberung führt zur völligen Zerstörung, wie die russische Armee in Grosny bewiesen hat. Verteidigung führt zur Selbstzerstörung, auch ohne Atomwaffen.

Derzeit ist Deutschland nur von Freunden umgeben, keiner unserer Nachbarn bedroht uns militärisch. Eine konsequente Abrüstungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur weltweiten Entmilitarisierung.

Konflikte zivil bearbeiten!

Konflikte wird es immer geben, aber sie müssen nicht militärisch ausgetragen werden. Rüstungsexport aus Deutschland trägt aber zur Militarisierung von Konflikten bei! Das müssen wir ändern!

Krisenbewältigung und Kriegsverhütung kann nur mit politischen und diplomatischen Mitteln erfolgen. Eine gezielte Entwicklungspolitik kann zur Verringerung ökonomischer Ungerechtigkeit beitragen, die häufig kriegerische Konflikte befördert.

Ein konsequenter Boykott, ein wirtschaftliches Embargo und andere politische Maßnahmen sind geeignete Mittel gegenüber einem Staat, der Menschen- und Völkerrecht verletzt. Die Ausgestaltung solcher Maßnahmen muss allerdings die Interessen der Bevölkerung berücksichtigen:

- Wir fordern den Aufbau von Methoden ziviler Konfliktbearbeitung im Bereich der Regierungen. Die Beobachtung der Menschenrechte und die vorbeugende Diplomatie müssen Vorrang in der Außenpolitik erhalten.

In einer Kampfhandlung verletzte Soldaten.



- Wir fordern die wirkungsvolle finanzielle Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen für Frieden, Verständigung, Ausgleich und gewaltfreie Lösungen.
- Wir fordern die Unterstützung von Projekten eines staatsunabhängigen Zivilen Friedensdienstes.

Bundeswehr abschaffen!

Kern der Zivilisierung ist die Bereitschaft, auf Waffengewalt zu verzichten. Damit wollen wir in der BRD beginnen und nicht auf die anderen warten (www.bundeswehrrabschaffen.de).

Kriegsdienste verweigern!

Damit wollen wir aber auch ganz persönlich beginnen, dadurch dass nicht nur der Wehrpflichtdienst verweigert wird, sondern auch kein anderer freiwilliger (direkter oder indirekter) Dienst für die Bundeswehr geleistet wird.

Mehr Infos im Internet: www.dfg-vk.de; www.schritte-zur-abruetzung.de; www.bundeswehrrabschaffen.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der **Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“** der **Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)**, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt a.M., dem **Landesverband Baden-Württemberg der DFG-VK**, Haubmannstr. 6, 70188 Stuttgart, **Pax an - Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V. Baden-Württemberg**, dem **Landesverband Bayern der DFG-VK**, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, www.dfg-vk.de/bayern, dem **Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern**, www.h-m-v-bildungswerk.de, (**Wir bitten um steuerlich absetzbare Spenden zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern: Kto.-Nr. 33 60 68 851, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85) und der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK**, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund (**Wir bitten um steuerlich absetzbare Spenden zur Finanzierung friedenswissenschaftlicher Projekte: Kto.-Nr. 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00).**

Text: Kai-Uwe Dosch, Hamm, und Thomas Rödl, c/o DFG-VK Bayern, s.o. (Vi.S.d.P.)
Layout: Kai-Uwe Dosch

Wozu Bundeswehr?



Humanitäre Einsätze

Viele BürgerInnen glauben, Frieden zu schaffen sei der neue Auftrag der Bundeswehr. Was bedeutet dieser Friedensauftrag? Ist er wirklich erfüllbar? Eine Reihe unterschiedlicher Aufgaben wird damit angesprochen, z.B. humanitäre Einsätze: Der Transport von Hilfsgütern, der Einsatz bei Naturkatastrophen, die Evakuierung von Menschen bei Katastrophen, die Räumung von Minen, die Errichtung von Flüchtlingslagern, die Versorgung von Flüchtlingen und Kriegsoptionen, das Bauen von Dämmen bei Hochwassergefahr. Das alles kann die Bundeswehr und das sollte sie auch tun, solange es sie noch gibt. Aber dafür braucht man keine Waffensysteme, sondern Kapazitäten zum Transport und technische Ausrüstungen. Das Technische Hilfswerk oder die Feuerwehr, entsprechend ausgestattet und ausgebildet, können diese Aufgaben billiger und zweckmäßiger erledigen als eine bewaffnete Streitkraft.

Überschwemmung in Bangladesch - häufige humanitäre Katastrophe in einem der ärmsten, wasserreichsten und am dichtesten bevölkerten Länder der Erde.



Zur Vermittlung in Bürgerkriegen? Oder die Fortentwicklung der traditionellen deutschen Angriffswaffe?



Das modernste U-Boot der Welt für die deutsche Kriegsmarine. Der elektrische Antrieb mit Hilfe einer Brennstoffzelle funktioniert fast geräuschlos und unabhängig

Friedenserhaltung

„Friedenserhaltende Maßnahmen“ der Vereinten Nationen bedeutet die Stationierung einer „Blauhelm-Truppe“ nach einem Waffenstillstand mit Zustimmung der Konfliktparteien, meist entlang einer Grenze oder in einer Konfliktregion. Die Blauhelm-Truppe ist nur leicht bewaffnet, sie soll durch ihre Anwesenheit von Übergriffen und Provokationen abschrecken. Sie hat keinen Kampfauftrag und keine Fähigkeit, einen Gegner zu bekämpfen. Ursprünglich wurden Blauhelm-Truppen von kleineren neutralen Staaten gestellt (z.B. Schweden, Österreich). Es wurde angenommen, dass diese kein Interesse an einem Konflikt haben, dass sie unparteiisch sind und nicht über die militärische Macht verfügen, einen großen Krieg in der Region zu führen.

Die Bundeswehr sollte keine Blauhelm-Einsätze übernehmen, weil die Bundesrepublik Deutschland keine neutrale und unbedeutende Macht ist. Friedenserhaltende Truppen schaffen keinen Frieden, sie stabilisieren bestenfalls einen Waffenstillstand. Blauhelm-Truppen ändern nichts an dem eigentlichen Konflikt. Z.B. sind in Zypern seit 1974 Blauhelm-Truppen stationiert. Die Kontrahenten Griechenland und Türkei rüsten weiter gegeneinander (mit deutscher Hilfe). Die DFG-VK will angesichts der kriegerischen deutschen Vergangenheit keinerlei Einsätze der Bundeswehr.

Friedens erzwingung

Friedens erzwingung in einer Bürgerkriegssituation bedeutet, alle Bürgerkriegsparteien zur Kapitulation zu zwingen und zu entwaffnen. Das wurde z.B. 1993 in Somalia erfolglos versucht. Eine von der UNO legitimierte Eingreiftruppe unter Führung der USA sollte die Bürgerkriegsparteien entwaffnen, stieß aber auf Widerstand. Der Einsatz wurde abgebrochen, nachdem amerikanische Soldaten getötet wurden.

Friedens erzwingung setzt militärisch-technische Überlegenheit einer Eingreiftruppe in einer Konfliktregion voraus – ist also nicht möglich gegen den Willen einer atomar bewaffneten Großmacht (z.B. Indien, Russland). Eine militärische Intervention zur Entwaffnung von Bürgerkriegsparteien, auch wenn sie von den besten Absichten geleitet wäre, wird zu Verlusten unter der Zivilbevölkerung führen.

Das Eingreifen der NATO in den Bürgerkrieg um die Unabhängigkeit des Kosovo zielte nicht auf die Entwaffnung der Krieg führenden Truppen, weil eine Intervention mit Bodentruppen als zu riskant erschien. Die Bombardements gegen die Truppen der jugoslawischen Armee waren erfolglos. Sie führten aber zu Vertreibung und Flucht im großen Maßstab. Die Zerstörung der Infrastruktur in Jugoslawien sollte den politischen Willen der Regierung brechen.

Auch bei einer denkbaren Intervention unter der Führung der Vereinten Nationen stellt sich die Frage, wie viele Menschenleben geopfert werden dürfen im Interesse einer Kriegsbeendigung oder der Wiederherstellung eines Rechtszustandes. (Im Koreakrieg gab es ca. eine Million Tote, im Golfkrieg 1991 mindestens 100 000 Tote.)

Es gibt keine anderen oder neuen Konzepte zur Kriegsbeendigung mit militärischen Mitteln.

Krisenbewältigung?

Die neue Hauptaufgabe der Bundeswehr neben der Landesverteidigung ist die militärische „Krisenbewältigung“. Deshalb wird die Bundeswehr derzeit in die Lage versetzt, jederzeit und überall auf der Welt militärisch einzugreifen und Truppen zu stationieren. Zweck eines Eingreifens der Bundeswehr könnte die „Friedens erzwingung“ mit militärischen Mitteln sein. Dafür gibt es keine schlüssigen Konzepte, denn das bedeutet immer, Krieg zu führen und Teile der Zivilbevölkerung „zu opfern“.



Der Kampfhubschrauber „Tiger“ - die neue Angriffswaffe für die Bundeswehr. „Nicht der Schlag auf den Brustpanzer, sondern der Stich ins Gehirn fällt den Gegner.“ (Zitat aus der „Wehrtechnik“ Nr. 3/2000)

Obwohl die „Konfliktverhütung“ oder „Krisenbewältigung“ seit Anfang der 90er Jahre als neue Aufgabe der Bundeswehr formuliert wird, gibt es keine konkreten Pläne zur militärischen „Bewältigung“ der über 30 aktuell stattfindenden Kriege und Bürgerkriege.

Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegssachen** mitzuwirken.“

SCHRITTE ZUR ABRÜSTUNG

Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als **Schritte zur Abrüstung:**

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Prozent jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen „Schritte zur Abrüstung“. Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Absender/in:

Name:	
Straße:	
PLZ/Ort:	
Telefon/E-Mail:	

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

DFG-VK
Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt a.M.